

## 2 3 **Digitale Agenda für Deutschland 2013-2017: Chancen für eine starke** 4 **Wirtschaft, gerechte Bildung und ein freies und sicheres Internet**

5 Digitales Leben und Arbeiten sind Alltag geworden und wir erleben den Wandel in  
6 eine digitale Gesellschaft. Die Nutzung von modernen Technologien in Wirtschaft  
7 und Gesellschaft ist heute selbstverständlich. Sie schafft neue Möglichkeiten der  
8 politischen Teilhabe, der Kommunikation, der Innovation und der wirtschaftlichen  
9 Leistungsfähigkeit und bewirkt eine Stärkung der Demokratie. Kernvoraussetzung  
10 dazu ist der Zugang zu einer schnelle und neutralen digitalen Infrastruktur. Das  
11 weltweite Netz ist ein globales Freiheitsversprechen. Doch spätestens der NSA-  
12 Skandal hat zugleich die Verletzlichkeit der digitalen Gesellschaft aufgezeigt. IT-  
13 Sicherheit wird damit zu einer wesentlichen Voraussetzung zur Wahrung der  
14 Freiheitsrechte. Die gesellschaftlichen Chancen und ökonomischen Potenziale der  
15 Digitalisierung dürfen nicht gefährdet werden.

16  
17 Die Bundesregierung wird für das Handeln aller Ressorts eine digitale Agenda 2013-  
18 2017 beschließen und ihre Umsetzung gemeinsam mit Wirtschaft, Tarifpartnern,  
19 Zivilgesellschaft und Wissenschaft begleiten. Auf unsere digitale Agenda setzen wir  
20 folgende Schwerpunkte:

### 21 22 **Schnelles und neutrales Internet für alle**

23 Die Grundlage für eine digitale Gesellschaft und damit Daseinsvorsorge ist der  
24 Zugang zu schnellem und neutralem Internet für alle. Deshalb setzt sich die  
25 Bundesregierung im Rahmen einer Breitbandoffensive verstärkt für die digitale  
26 Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und Regionen ein. Bundesweit sollen bis zum  
27 Jahr 2018 flächendeckend Internetzugänge mit 50 Mbit/s verfügbar sein.

28 Der Erhalt des **offenen und freien Internets**, die Sicherung von Teilhabe,  
29 Meinungsvielfalt, Innovation und fairer Wettbewerb sind zentrale Ziele der Digitalen  
30 Agenda der Bundesregierung. Der diskriminierungsfreie Transport aller Datenpakete  
31 im Internet ist die Grundlage dafür. Dabei ist insbesondere auch sicher zu stellen,  
32 dass Provider ihre eigenen inhaltlichen Angebote und Partnerangebote nicht durch  
33 höhere Datenvolumina oder schnellere Übertragungsgeschwindigkeit im Wettbewerb  
34 bevorzugen. Neutralität ist auch von Suchmaschinen zu verlangen, die sicherstellen  
35 müssen, dass alle Angebote diskriminierungsfrei aufzufinden sind.

36 Die Gewährleistung von Netzneutralität wird daher als eines der Regulierungsziele  
37 im Telekommunikationsgesetz verbindlich verankert werden und die  
38 Bundesregierung wird sich auch auf europäischer Ebene für die gesetzliche  
39 Verankerung von Netzneutralität einsetzen. Die Bundesnetzagentur wird ermächtigt  
40 und technisch sowie personell in die Lage versetzt, die Einhaltung dieses Ziels zu  
41 überwachen. Zudem müssen Mobilfunkanbieter Internettelefonie ggf. gegen  
42 separates Entgelt ermöglichen.

43 Das so genannte Best-Effort-Internet wird in seiner Qualität weiterentwickelt und darf  
44 nicht von einer Vielzahl von „Managed Services“ verdrängt werden.  
45 Netzwerkmanagement muss allerdings dort möglich sein, wo es technisch geboten  
46 ist, damit bandbreitensensible Daten und Anwendungen verlässlich und ohne  
47 Verzögerung übertragen werden bzw. zum Einsatz kommen können. Deep Packet  
48 Inspection (DPI) zur Diskriminierung von Diensten oder Überwachung der  
49 Nutzerinnen und Nutzer werden wir dagegen gesetzlich untersagen.

51 Die Potenziale von WLAN als Zugang zum Internet im öffentlichen Raum müssen  
52 ausgeschöpft werden. Die **Schaffung von Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber**  
53 ist dringend geboten. Der Auf- und Ausbau von öffentlichem WLAN soll gefördert und  
54 mit einer Klarstellung der Haftungsregelungen (Analog zu Access Providern)  
55 Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber geschaffen werden. Gleichzeitig werden wir die  
56 Verbraucherinnen und Verbraucher über die Gefahren solcher Netze für sensible  
57 Daten aufklären.

58 Neben der Klärung dieser rechtlichen Fragen möchten wir die Etablierung  
59 heterogener, frei vernetzter und lokaler Communities und ihrer Infrastrukturen  
60 forcieren. Durch die Förderung dieser sowie von Ad-hoc-Netzwerken im Rahmen der  
61 F&E-Strategie sollen lokale, dezentrale Netzwerke unterstützt werden, die eine  
62 komplementäre Infrastruktur für einen fest definierten Nutzerkreis umfassen. Damit  
63 verbessern wir die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für den Zugang zu  
64 leistungsfähigem Internet für alle.

65

### 66 **Digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa**

67 Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD wird eine **IKT-Strategie für die**  
68 **digitale Wirtschaft auf den Weg bringen**. Dazu gehören für uns Spitzenforschung  
69 im nationalen und europäischen Rahmen, die Entwicklung und Anwendung von  
70 digitalen Technologien und optimale Wachstumsbedingungen für Unternehmen aller  
71 Branchen. Um den globalen und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu  
72 begegnen, fördern wir die deutsche und europäische IKT-Industrie durch eine  
73 Verbesserung der entsprechenden Rahmenbedingungen und den **Abbau von**  
74 **Bürokratie**.

75

76 Wir wollen Kernbereiche der Deutschen Wirtschaft wie Fahrzeug- und  
77 Maschinenbau, Logistik und Gesundheitswirtschaft bei der Digitalisierung  
78 unterstützen. Um globale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen wir  
79 Unternehmen durch geeignete Rahmenbedingungen stärken.

80 Die Bundesregierung wird die Digitalisierung der klassischen Industrie mit dem  
81 Zukunftsprojekt **Industrie 4.0** vorantreiben und im nächsten Schritt um intelligente  
82 Dienstleistungen („Smart Services“) erweitern, sowie Projekte und Maßnahmen im  
83 Bereich der Green IT stärken.

84 Dazu ist es notwendig, Wissen aus der Spitzenforschung in konkrete Anwendungen  
85 zu überführen. Mittels Kompetenzzentren, Modellregionen und Pilotprojekten soll der  
86 Know-How-Transfer in Mittelstand und klassische Industrie initialisiert werden.

87 Wir werden Beratungsangebote zur Digitalisierung von bestehenden  
88 Wertschöpfungsketten in Industrie und Mittelstand im Hinblick u.a. auf Cloud-  
89 Computing und Big Data ausbauen. Die Themen IT-Sicherheit und die Abwehr von  
90 Wirtschaftsspionage sollen darüber hinaus eine besondere Rolle spielen.

91 Wir wollen über die bestehende Projektförderung (z.B. das Zentrale  
92 Innovationsprogramm Mittelstand) hinaus die **steuerliche Forschungsförderung**  
93 **für KMU einführen**, um Anreize für eine bessere Vernetzung zwischen Forschung  
94 und Wirtschaft zu setzen.

95

96 Wir möchten eine neue Gründungskultur in Deutschland wecken und eine Kultur der  
97 zweiten Chance etablieren. Unser Ziel ist es dabei, die Zahl der Gründungen von  
98 derzeit 10.000 in den nächsten Jahren kontinuierlich auf 15.000 pro Jahr zu steigern.  
99 Dafür sollen Antragsverfahren entbürokratisiert werden. Außerdem werden wir  
100 Förderinstrumente dahingehend überprüfen, dass sie die gesamte Innovationskette  
101 inklusive der Verwertungsmöglichkeiten berücksichtigen.

102 Wir wollen das Gründen von Unternehmen leichter machen: Durch eine  
103 Vereinfachung der Prozesse (One-Stop-Agency) soll eine Unternehmensgründung  
104 innerhalb von 72 Stunden möglich sein.

105 Um Gründungen aus der Beschäftigung auch für Arbeitnehmer zu ermöglichen, die  
106 weder auf ihr Einkommen verzichten noch das Risiko eines Jobverlusts auf sich  
107 nehmen können, werden wir analog dem Modell der Familienpflegezeit die  
108 Möglichkeit einer "**Gründungszeit**" einführen. Wir wollen ein neues Instrument in  
109 Form eines bedingt rückzahlbaren Gründungsdarlehens in Zusammenarbeit mit der  
110 KfW schaffen. [Umschichtung] Die Gewährung des Darlehens kann dabei an die  
111 Nutzung von Crowdfunding geknüpft werden. Die Darlehenshöhe soll auch den  
112 Lebensunterhalt und die soziale Absicherung in der Gründungsphase abdecken. Für  
113 Gründungen aus der Arbeitslosigkeit soll das Instrument des  
114 **Existenzgründerzuschusses** [bereits etatisiert] fortgeführt werden und mit  
115 auskömmlichen Mitteln der BA unterlegt werden. Darüber hinaus werden wir ein  
116 Bundesprogramm für den Aufbau von Inkubatoren, die die besten Rahmbedingungen  
117 für Startups bereitstellen, aufsetzen und ein deutsches Inkubatoren-Netzwerk mit  
118 internationaler Vernetzung bilden. Wir unterstützen die **Internationalisierung**  
119 **innovativer Startups** durch Markteintritts- und Austauschprojekte nach dem Vorbild  
120 des Modellprojekt „German Silicon Valley Accelerator“ (GSVA) in  
121 Wachstumsregionen weltweit.

122 Die Entwicklung standardisierter Stock-Options-Modelle als freiwilligen und  
123 ergänzenden Teil der Entlohnung wollen wir attraktiver gestalten.

124 Innovative Unternehmen brauchen kluge Köpfe. Deshalb müssen wir im eigenen  
125 Land mit **Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen** die Zahl der IT-Fachkräfte  
126 erhöhen. Zusätzlich wollen wir auch gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
127 aus dem Ausland in Deutschland willkommen heißen - mit einem „Willkommens-  
128 Check“ für Behörden und die Schaffung von Willkommensagenturen für den  
129 Arbeitsmarkt. Die Kammern sind aufgefordert, faire Standardverträge für Gründer zu  
130 entwickeln.

131 Ein wesentlicher Punkt ist die Stärkung der Innovationskräfte der digitalen Wirtschaft.  
132 Was mit dem Beirat „Junge Digitale Wirtschaft“ auf den Weg gebracht wurde, wollen  
133 wir fortsetzen und ausbauen.

134 Die Bundesregierung wird Deutschland als Investitionsstandort für **Wagniskapital**  
135 international attraktiv machen und dafür ein eigenständiges Regelwerk (**Venture-**  
136 **Capital-Gesetz**) abhängig von den Finanzierungsmöglichkeiten erlassen, das u.a.  
137 die Tätigkeit von Business Angels verbessert. Wir möchten Deutschland damit als  
138 Investitionsstandort im internationalen Vergleich deutlich stärken. Neue  
139 Finanzierungsformen wie Crowdfunding sollen rechtssicher gestaltet werden.  
140 Außerdem wollen wir es attraktiver machen, in **Startups** und junge  
141 Wachstumsunternehmen zu investieren.

142 Die Förderung von **Wagniskapital** mit Hilfe von Investitionszuschüssen wird  
143 verbessert, der High-Tech-Gründerfonds wird auskömmlich fortgesetzt. Die Förder-  
144 und Finanzierungsinstrumente von Bund, Ländern und EU sind auf ihre  
145 Kompatibilität hin zu evaluieren und ggf. anzupassen.

146 Um Börsengänge für junge, innovative und wachstumsstarke Unternehmen wieder  
147 zu beleben, werden wir die Einführung eines neuen Börsensegments „Markt 2.0“  
148 prüfen.

149 Die Bundesregierung wird neben dem **Zukunftsprojekt Industrie 4.0** in den  
150 Bereichen intelligente Mobilität, Smart Grid, E-Health und Sicherheit Schwerpunkte  
151 setzen und damit die Position der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt festigen.

152 Um das zu erreichen, werden **Spitzencluster und Verbundprojekte** aus- und  
 153 aufgebaut. Dabei sind ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit  
 154 maßgebliche Faktoren.

155 Mit Blick auf die europäischen Interessen und die zugleich immer bedeutsamer  
 156 werdenden Sicherheitsaspekte entwickelt, unterstützt die Bundesregierung an  
 157 industriepolitischen Initiativen für Soft- und Hardwareentwicklungen, Netzwerk- und  
 158 und Cloudtechnologien in Deutschland und Europa, insbesondere bei den Key-  
 159 Technologies und in der Netzwerktechnik.

160 Unser Ziel ist, bei **Schlüsseltechnologien und IT-Kernkompetenzen** (IT-Sicherheit,  
 161 Netzwerktechnik, Embedded Systems, Prozess- und Unternehmenssoftware,  
 162 Kryptographie, Machine-to-Machine-Kommunikation, etc.) eigene  
 163 Technologieplattformen und Produktionslinien in Deutschland bzw. im europäischen  
 164 Verbund zu halten. Als Alternative zu den geschlossenen digitalen Ökosystemen  
 165 unterstützt und fördert der Bund im Software-Bereich gerade auch die Entwicklung  
 166 von offenen Plattformen und **Open-Source-Lösungen** und setzt sich dafür auch auf  
 167 europäischer Ebene ein. Wir wollen im globalen Wettbewerb „**Software made in**  
 168 **Germany**“ als Qualitätsversprechen bzgl. Sicherheit, Datenschutz, Design und  
 169 Nutzerfreundlichkeit stärken. Die Bundesregierung unterstützt Prozesse der  
 170 Standardisierung, Interoperabilität und Zertifizierung als wichtige Parameter für den  
 171 Markterfolg deutscher Produkte.

172 Bei der **Anschaffung von IT-Technologie** durch die öffentliche Hand müssen im  
 173 Rahmen des Wirtschaftlichkeitsprinzips Innovationspotenziale und Nachhaltigkeit als  
 174 mitentscheidende Kriterien bedacht werden. Bei Ausschreibungen sollen  
 175 Sicherheitsstandards vorgegeben werden und – wenn möglich – Open-Source-  
 176 Lösungen erwogen werden. Ebenso werden wir die Abschreibungsmöglichkeiten von  
 177 Software verbessern.

178 Wir wollen eine gesetzliche Klarstellung für den Zugang zum Netz eines  
 179 Telekommunikationsanbieters. Nutzerinnen und Nutzer müssen die freie Auswahl an  
 180 Routern behalten. Daher lehnen wir den **Routerzwang** ab. Die zur Anmeldung der  
 181 von der Nutzerin oder dem Nutzer betriebenen Router (TK-Endeinrichtungen) am  
 182 Netz erforderlichen Zugangsdaten sind den Kundinnen und Kunden unaufgefordert  
 183 mitzuteilen.

184

### 185 Der digitale Staat – fördern und Vorbild sein

186 Parlament, Regierung und Verwaltung werden die Möglichkeiten der Digitalisierung  
 187 intensiv nutzen und die interaktive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern  
 188 sowie der Wirtschaft auf barrierefreien Websites ausbauen. Wir wollen die Potenziale  
 189 der Digitalisierung zur Stärkung der Demokratie und der Beteiligungsmöglichkeiten  
 190 für die Menschen an der politischen Willensbildung nutzen. Wir wollen die  
 191 Informationen über politische Entscheidungen quantitativ und qualitativ verbessern  
 192 und die Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen. Gerade im Vorfeld von  
 193 Entscheidungen ist früh, offen, umfassend und verständlich zu informieren.  
 194 Deutschland wird im Rahmen der „Digitalen Agenda“ der EU-Kommission einen  
 195 „Digital Champion“ benennen.

196 Die digitale Berichterstattung über den Bundestag und seine Sitzungen sowie über  
 197 öffentliche Ausschusssitzungen und Anhörungen (z.B. in Streams) wollen wir  
 198 ausbauen. So bald wie möglich werden wir Bekanntmachungen wie beispielsweise  
 199 Drucksachen und Protokolle in Open Data tauglichen Formaten unter freien  
 200 Lizenzbedingungen bereitstellen.

201 Den Sachverstand und die Meinung der Bevölkerung suchen wir auch über digitale  
202 Beteiligungsplattformen, so dass konstruktive und frühzeitige Einflussnahme von  
203 Bürgerinnen und Bürgern besser gelingt.

204 Durch E-Government ergeben sich umfassende Dienstleistungen für die Bürgerinnen  
205 und Bürger und für die Wirtschaft, die die Erledigung von Formalia wie  
206 Behördengängen wesentlich erleichtern können. Zahlreiche gute und erfolgreiche E-  
207 Government-Projekte zeigen, dass es innovative technische Lösungen in  
208 Deutschland gibt, die allerdings noch nicht flächendeckend und koordiniert  
209 umgesetzt sind. Die Bundesregierung wird den Ausbau von E-Government deshalb  
210 zu einem Schwerpunkt machen und mit dem Programm „**Digitale Verwaltung**  
211 **2020**“ – ausgehend von den wichtigsten Leistungen für Bürgerinnen und Bürger und  
212 Unternehmen – die schrittweise gesamtstaatliche Umsetzung des E-Government  
213 festlegen.

214 Der Bund wird den Ländern vorschlagen, die Programme des E-Governments unter  
215 Verantwortung des **IT-Planungsrates** zu konsolidieren und koordinieren. Dabei sind  
216 Technologien nach Möglichkeit langfristig so zu planen, dass keine Abhängigkeiten  
217 zu intransparenten Protokollen, Software, Hardware oder Herstellern entstehen.

218 Voraussetzung für die Akzeptanz elektronischer Behördendienste sind **Datenschutz**  
219 und **Sicherheit** der Kommunikation und Angebote. Die Identifizierungsfunktion des  
220 neuen Personalausweises und die Nutzung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen  
221 sind grundsätzlich anzuwenden, um sicher zu kommunizieren.

222 Eine bundesweite laufend aktualisierte Landkarte aller öffentlich angebotenen  
223 Services schafft Transparenz, Koordinierung, Verbindlichkeit, Priorisierung und  
224 Fokussierung und gibt den Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über die  
225 entsprechenden Angebote. Die Idee der einheitlichen Behördennummer 115 wollen  
226 wir ins Internet übertragen ([www.115.de](http://www.115.de)) und zumindest die 100 wichtigsten und am  
227 häufigsten in Anspruch genommenen Verwaltungsleistungen sollen innerhalb der  
228 nächsten vier Jahre über ein solches Portal bundesweit einheitlich online und sicher  
229 erledigt werden können.

230 Wir erleichtern den Kommunen die Realisierung, in dem wir in einer Toolbox die  
231 besten Anwendungen zur elektronischen Umsetzung häufig genutzter  
232 Verwaltungsleistungen anbieten und dadurch eine bessere Vereinheitlichung mit  
233 niedrigeren Folgekosten erreichen. Damit möchten wir die Verwaltungen  
234 unterstützen, ihr Angebot entsprechend auszuweiten.

235 Die Bürgerinnen und Bürger sollen auf Wunsch die Möglichkeit haben, einen  
236 einheitlichen Stammdaten-Account, ein sog. **Bürgerkonto** zu verwenden, um die  
237 Kommunikation mit der Verwaltung zusätzlich zu vereinfachen. Zur elektronischen  
238 Identifizierung soll der neue elektronische Personalausweis genutzt werden. Das  
239 Bürgerkonto kann zum digitalen Dokumentenpostfach erweitert werden.

240 Eine Systematisierung der bislang nebeneinanderstehenden Rechtsregelungen zum  
241 Internet (Internetgesetzbuch) wird geprüft und in diesem Zusammenhang wird auch  
242 das Leistungsschutzrecht hinsichtlich der Erreichung seiner Ziele evaluiert.

243  
244 Erste **Open-Data-Projekte** in Deutschland zeigen das Potential offener Daten. Die  
245 Bundesverwaltung muss auf der Basis eines Gesetzes mit allen ihren Behörden  
246 Vorreiter für die Bereitstellung offener Daten in einheitlichen maschinenlesbaren  
247 Formaten und unter freien Lizenzbedingungen sein. Wir wollen für Bund, Länder und  
248 Kommunen ein **Open-Data-Portal bereitstellen**. Die Bundesregierung strebt einen  
249 Beitritt Deutschlands zur internationalen Initiative Open Government Partnership an.  
250 Die Bundesregierung wird das **Informationsfreiheitsrecht überarbeiten** und hierbei  
251 die Vorschläge der Evaluation des Informationsfreiheitsgesetzes aufgreifen.

252 Ohne leistungsfähige IT in der Bundesverwaltung wird Deutschland zurückfallen.

253

254 Die IT der Bundesverwaltung werden wir bei einem gemeinsamen IT-Dienstleister  
255 zusammenführen. Wir werden die gemeinsamen IT-Dienstleistungen im Bereich der  
256 IT-Systeme, Netze und Anwendungen behördenübergreifend organisieren. Die  
257 Koalition wird prüfen, für welche staatlichen Leistungen in welchen Lebenslagen die  
258 Abwicklung gesetzlich vereinheitlicht und zusammengelegt werden sollte – z.B. zu  
259 einer nur einmaligen Prüfung von Anspruchsberechtigungen.

260 Die Koalition wird die Einführung des **elektronischen Rechtsverkehrs** mit  
261 Nachdruck unterstützen, um Vorgänge gemäß der Möglichkeiten im digitalen  
262 Zeitalter zu beschleunigen und zu vereinfachen.

263 Die Digitalisierung bietet auch eine Vielzahl von Chancen für Menschen mit  
264 Einschränkungen. Die Bundesregierung prüft daher, ob durch ein Prüfsiegel  
265 „**Barrierefreie Website**“ für die Verwaltung und die Wirtschaft die Gleichstellung  
266 behinderter Menschen unterstützt werden kann.

267

268 Die digitale Vernetzung wirkt heute in fast alle Lebensbereiche hinein und bietet  
269 Chancen für jeden Einzelnen. Gleichzeitig nimmt die Datenmenge exponentiell zu  
270 und ermöglicht Ausforschung und Überwachung. Neue Risiken für die Privatsphäre  
271 und die Persönlichkeitsrechte sind entstanden, die es mit dem Erhalt der Chancen  
272 und der Förderung der Innovation in Einklang zu bringen gilt. Die Koalition setzt sich  
273 mit Nachdruck dafür ein, die **Datenschutzgrundverordnung** in Europa zügig zu  
274 verabschieden und die verbliebenen Streitfragen zu lösen. Dies gilt besonders für die  
275 Verantwortlichkeit für Daten in Clouds und bei privaten Accounts Sozialer Netzwerke  
276 sowie für die Abgrenzung zu bestehenden Gesetzen für die öffentliche Hand. Die  
277 Verhandlungen zum Datenschutz in der Wirtschaft genießen Vorrang und sollten  
278 notfalls vorab zum Abschluss gebracht werden.

279 Die Koalition wird den technikgestützten Datenschutz ("**Privacy by Design**") und  
280 den Datenschutz durch Voreinstellungen ("**Privacy by Default**") ausbauen. Wir  
281 werden auf nationaler und europäischer Ebene Maßnahmen zur Rückgewinnung der  
282 technologischen Souveränität ergreifen und die Möglichkeiten und Grenzen eines  
283 nationalen und europäischen Routings des Internet-Datenverkehrs prüfen (technisch-  
284 rechtliche Machbarkeit/Kosten).

285 Die IT-Sicherheit und der Schutz der Daten der Nutzerinnen und Nutzer gilt es  
286 sicherzustellen. Die Koalition tritt aus diesem Grund für eine europaweite Einführung  
287 einer Meldepflicht für Unternehmen an die EU ein, die Daten ihrer Kundinnen und  
288 Kunden ohne deren Einwilligung an Behörden in Drittstaaten übermitteln.

289 Die Bundesregierung drängt zudem in der EU auf Nachverhandlungen der Safe-  
290 Harbor und Swift-Abkommen. Die strengen Standards des  
291 Bundesverfassungsgerichts beim bereichsspezifischen Datenschutz dürfen nicht  
292 zum Zwecke eines europaweiten freien Informationsflusses zwischen Behörden  
293 geopfert werden.

294 Um die Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und der Bürger auch in der  
295 digitalen Welt zu wahren und die Chancen für die demokratischen Teilhabe der  
296 Bevölkerung am weltweiten Kommunikationsnetz zu fördern, werden wir uns  
297 ergänzend auf internationaler Ebene für ein **Völkerrecht des Netzes als UN-Charta**  
298 einsetzen.

299 Eng mit dem Datenschutz verbunden steht der Bereich IT-Sicherheit: IT-Sicherheit  
300 wird zu einer wesentlichen Voraussetzung zur Wahrung der Freiheitsrechte. Das  
301 Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wird als nationale IT-  
302 Sicherheitsbehörde in seinen Aufgaben, Kompetenzen und Ressourcen gestärkt. Da

303 die sog. kritischen Infrastrukturen, ohne die unser Gemeinwesen nicht funktioniert  
304 (z.B. Gesundheit, Verkehr, Energie) besonders gefährdet sind, wird die  
305 Bundesregierung gesetzliche Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit einführen  
306 und eine Meldepflicht für Betreiber dieser kritischen Infrastrukturen bei erheblichen  
307 IT-Sicherheitsvorfällen schaffen.

308 Um zu gewährleisten, dass die Nutzerinnen und Nutzer über die Sicherheitsrisiken  
309 ausreichend informiert sind, sollen Internetprovider ihren Kunden melden, wenn sie  
310 Hinweise auf Schadprogramme oder ähnliches haben. Darüber hinaus streben wir  
311 einen sicheren Rechtsrahmen und eine Zertifizierung für Cloud-Infrastrukturen und  
312 andere sicherheitsrelevante Systeme und Dienste an.

313 Vertrauen kann nur durch Transparenz hergestellt werden. Dies betrifft auch die  
314 **Standardisierung von IT-Sicherheit**. Notwendig sind eine **Stärkung der**  
315 **Transparenz der Standardisierungsgremien** und eine stärkere deutsche  
316 Beteiligung in diesen und anderen internationalen Gremien, besonders solchen der  
317 Internetarchitektur und Internet-Governance.

318 Wir wollen das vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Recht auf Schutz und  
319 Gewährleistung der Integrität und Vertraulichkeit der IT mit Leben füllen. Die Nutzung  
320 von Methoden zur Anonymisierung, Pseudonymisierung und Datensparsamkeit  
321 müssen zu verbindlichen Regelwerken werden.

322 Die Weiterentwicklung und Verbreitung von Chipkartenlesegeräten, Kryptographie,  
323 DE-Mail und sicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen sowie vertrauenswürdiger  
324 Hard- und Software gilt es erheblich auszubauen. IT-Hersteller und -Diensteanbieter  
325 sollen für Datenschutz- und IT-Sicherheitsmängel ihrer Produkte haften.

326 Die Bundesregierung wird die **Förderung von Forschung und Entwicklung im**  
327 **Bereich der IT-Sicherheit** und vertrauenswürdigen IKT-Infrastruktur deutlich  
328 intensivieren. Der zu stärkende CIO der Bundesregierung braucht ein Förderbudget  
329 für Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur IT-Sicherheit. Bundesbehörden  
330 werden verpflichtet, zehn Prozent ihrer IT-Budgets für die Sicherheit ihrer Systeme  
331 zu verwenden.

332 Deutschland braucht für sicherheitskritische Komponenten ebenso wie für die  
333 Netzwerkinfrastruktur Labore („Innovationslabor Sicherheitselemente“) und  
334 Testeinrichtungen („Testcenter Netzwerkinfrastrukturkomponenten“), [die wir mit  
335 einem schlagkräftigen industrie- und forschungsgestützten Cyber-Sicherheits-  
336 Zentrums einrichten und verknüpfen wollen.

337

### 338 **Digitale Bildung und Forschung – gerecht und innovativ**

339 Ein wichtiger Teil der Digitalstrategie der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD  
340 ist die Steigerung der Medienkompetenz junger Menschen, um sie zu einem sicheren  
341 und verantwortungsbewussten Umgang mit dem Internet zu emanzipieren.

342 Wir sehen die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz als zentrale  
343 Maßnahme für den Datenschutz und die Sicherheit im Internet für jede einzelne  
344 Nutzerin und jeden einzelnen Nutzer. Die bestehenden Programme zur Förderung  
345 von Medienkompetenz an Kitas und Schulen werden deshalb evaluiert und  
346 ausgebaut.

347 Das Leitbild der „**digitalen Selbständigkeit**“ wird somit in den Fokus der  
348 Medienkompetenz rücken. Wir befürworten ein „Modellprojekt Freiwilliges Soziales  
349 Jahr Digital“, damit junge Menschen ihre technischen Fertigkeiten und Fähigkeiten im  
350 Umgang und in der Anwendung von neuen Medien in den Dienst von  
351 gemeinnützigen Einrichtungen stellen und diese bei der Umsetzung von digitalen  
352 Projekten und der Vermittlung von Medienkompetenz unterstützen.

353 Die Initiative „**Ein Netz für Kinder**“ wird unterstützt und verbreitert, um in  
354 Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Institutionen qualitätsvolle,  
355 altersgerechte und interessante digitale Angebote für Kinder zu schaffen.

356 Jeder Schülerin und jedem Schüler soll ein mobiles Endgerät zur Verfügung stehen.  
357 Mit privaten Partnern wird die Bundesregierung ein Rahmenprogramm dafür initiieren  
358 und die notwendigen Mittel bereitstellen. Dabei ist die Digitalisierung der Lehrinhalte  
359 ebenso Voraussetzung wie die technische Unabhängigkeit von gewissen Produkten.  
360 Die **digitale Lehrmittelfreiheit** muss gemeinsam mit den Ländern gestärkt werden.  
361 Grundlage hierfür ist ein **bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht** und  
362 eine umfassende **Open-Access-Politik**. Schulbücher und Lehrmaterial auch an  
363 Hochschulen sollen, soweit möglich, frei zugänglich sein, die Verwendung freier  
364 Lizenzen und Formate ausgebaut werden.

365 Nicht nur in Schulen und Kitas möchten wir die IT-Fertigkeiten und den Umgang mit  
366 den Medien vermitteln. Eine starke digitale Wirtschaft braucht **starke Fachkräfte**,  
367 deshalb wird die Bundesregierung in einem kooperativen Miteinander von Bund und  
368 Ländern die Bildung und Ausbildung in den Bereichen IT und Technologie  
369 praxisorientiert stärken.

370 Der Aufbau, der Ausbau und die koordinierte nationale, europäische und  
371 internationale Vernetzung von offenen (Forschungs-)Datenbanken, Repositorien und  
372 Open-Access-Zeitschriften der Forschungseinrichtungen und der Hochschulen sind  
373 im Rahmen eines eigenen Programms zu fördern.

374  
375 Digitale Spiele prägen den Alltag vieler, insbesondere jüngerer Menschen in  
376 unserem Land. Wir erkennen die Vielfalt hochwertiger Angebote, insbesondere  
377 pädagogisch wertvoller **Computerspiele**, sowie die große kreative Leistung und  
378 hohe technische Kompetenz der Spieleentwickler an. Dies wollen wir weiter fördern,  
379 beispielsweise mit dem Deutschen Computerspielpreis. Diesen wollen wir zeitgemäß  
380 weiterentwickeln. Die gemeinsam durch den Deutschen Bundestag, die  
381 Bundesregierung und die Computerspielwirtschaft initiierte und mittlerweile  
382 gegründete Stiftung Digitale Spielekultur soll gemeinsam mit den Marktteilnehmern  
383 weiter ausgebaut werden, um in den Schwerpunkten Wirtschaft und Ausbildung,  
384 Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur sowie Forschung und Wissenschaft neue  
385 Impulse setzen zu können. Wir wollen zudem das digitale Spiel für nachfolgende  
386 Generationen erhalten. Es gilt, geeignete Archivierungsmöglichkeiten zu prüfen.

387  
388 Die Bundesregierung unterstützt die Förderung von Wissenschaftskompetenz von  
389 der Grundschule bis zur Hochschule. Dabei fördern wir Programme und  
390 Wettbewerbe in den MINT-Fächern und einen zeitgemäßen Informatikunterricht ab  
391 der Grundschule. Damit das Wissen entsprechend vermittelt werden kann, sind  
392 Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer zur Medienkompetenz  
393 dringend notwendig. Wir streben außerdem die Verfügbarkeit ausreichender Master-  
394 Studienplätze im Bereich IT an. Zielgerichtet sollen vor allem **Mädchen und junge  
395 Frauen** für diese Berufsfelder begeistert werden. Der Aufbau eines  
396 Mentorinnennetzwerks in der digitalen Wirtschaft ist dabei eine geeignete  
397 Maßnahme. Der Anteil von Studentinnen zum Beispiel bei Informatik und  
398 Elektrotechnik soll erhöht werden. Auch in den MINT-Fächern legen wir den Fokus  
399 verstärkt auf die jungen Schülerinnen und Studentinnen.

400 Nach dem Vorbild der Eliteschulen des Sports wird die Bundesregierung mit den  
401 Ländern Gespräche aufnehmen, um die Einführung von Profilschulen IT/Digital mit  
402 dem Schwerpunktprofil Informatik anzuregen. Dabei ist die Kooperation mit

403 Hochschulen oder Forschungseinrichtungen sowie ggf. privaten Partnern  
404 obligatorisch.

405 Die Grundlagenforschung zu Internet und digitaler Gesellschaft wird durch gezielte  
406 Initiativen zur Programmforschung und durch Bereitstellung entsprechender Mittel  
407 gestärkt und verstetigt sowie institutionell gefördert. Es ist erforderlich, dass ein auch  
408 mit öffentlichen Mitteln finanziertes Internet-Institut, das gleichzeitig als  
409 Ausgangspunkt für ein interdisziplinäres Kompetenznetz dient sich mit den  
410 technischen und wirtschaftlichen, aber auch den politischen, rechtlichen und  
411 ethischen Aspekten des Internets beschäftigt.

412  
413 Es wird ein Förderprogramm „**Innovation in IT-Forschung und Sicherheit**“ zur  
414 Stärkung der nationalen F&E-Aktivitäten in diesen Bereichen weiterentwickelt, wobei  
415 Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit für unterschiedliche Anwendergruppen in  
416 Einklang gebracht werden. Bei der Ausschreibung werden Open-Source-Ansätze  
417 priorisiert, die ihre Ergebnisse und die entwickelten Systeme offen zur Verfügung  
418 stellen. Die Einführung einheitlicher Standards zur Verfügbarmachung von Daten und  
419 Ergebnissen wird geprüft.

420

### 421 **Digitales Leben und Arbeiten – Chancen und Rechte stärken**

422 Die Digitalisierung eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten, die das Leben der  
423 Menschen einfacher machen und neue Chancen für den Arbeitsalltag bieten.

424 So gibt es durch die Digitalisierung neue Angebote für die Vereinbarkeit von Familie  
425 und Beruf. Wir fordern die Wirtschaft auf, diese zu fördern.

426 Die Bundesregierung appelliert an die Tarifpartner, **Telearbeitsmodelle zu fördern**  
427 und entsprechend auszubauen, sowie tarifvertragliche Modelle zu finden, die die  
428 **Rechte von Beschäftigten** auf selbst zu bestimmende Telearbeitsplätze stärken.  
429 Die Bundesregierung wird das Angebot an Telearbeitsplätzen im öffentlichen Dienst  
430 weiter ausbauen.

431 Öffentliche Verwaltung und Tarifpartner sind aufgefordert, die Rechte der  
432 Beschäftigten für eine erweiterte **Arbeits-Autonomie** und **verbesserte Work-Life-**  
433 **Balance** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken (z.B. Regelungen zur  
434 Nichterreichbarkeit). Wir begrüßen darüber hinaus betriebsinterne Regelungen dazu.  
435 Die Entwicklung neuer digitaler Qualifizierungs- und Weiterbildungswerkzeuge für  
436 Unternehmen wie auch für den öffentlichen Dienst ist zielgruppenspezifisch zu  
437 fördern und auszubauen.

438 Immer mehr Unternehmen nutzen Online-Plattformen, um neue Mitarbeiterinnen und  
439 Mitarbeiter zu gewinnen (E-Recruiting). Hierbei müssen die Grenzen der  
440 Privatsphäre eingehalten werden. Eine Umgehung von Privatsphäre-Einstellungen in  
441 sozialen Netzwerken - oder ähnlichen Plattformen ist nicht zu akzeptieren.

442 Durch die Digitalisierung bieten sich vor allem für junge Mütter und Väter neue  
443 Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie zum Beispiel neue  
444 und **flexiblere Arbeitszeitmodelle**.

445 Auch im Bereich der Gesundheit möchten wir die Chancen der Digitalisierung  
446 nutzen. So soll die **Telemedizin** verstärkt z.B. zur engen Betreuung von  
447 Risikopatientinnen und -patienten oder chronisch Kranken eingesetzt werden – dabei  
448 ist ein Höchstmaß an Datenschutz zu gewährleisten. Eine unkontrollierte Weitergabe  
449 von sensiblen Patientendaten an Dritte muss verhindert werden.

450 Bürokratische und rechtliche Hemmnisse in der Telemedizin sollen abgebaut  
451 werden, um die Anwendung grundsätzlich zu vereinfachen.

452 Wir wollen den Einsatz und die Entwicklung von E-Care-Systemen in sog. Smart-  
453 Home-Umgebungen fördern, die älteren, pflegebedürftigen Menschen oder

454 Menschen mit Behinderung die technische Unterstützung bieten, um ihnen den Alltag  
455 zu erleichtern. Ein weiterer Fokus der Bundesregierung liegt auf der **Elektronischen**  
456 **Gesundheitskarte** (eGK). Die eGK soll ausgebaut werden, um den bürokratischen  
457 Aufwand für Patientinnen und Patienten zu verringern und die Kommunikation zu  
458 verbessern. Höchste Datenschutzstandards sowie eine sichere Verschlüsselung der  
459 Daten sind dabei die Grundvoraussetzung.

460  
461 Der digitale Alltag eröffnet neue Möglichkeiten, anderen Menschen zu helfen. Im  
462 Netz entstehen neue Formen des **bürgerschaftlichen Engagements** über soziale  
463 Netzwerke und Nachbarschaftsinitiativen. Die Bundesregierung wird diese  
464 Entwicklung unterstützen und „Online Volunteering“-Projekte fördern, z.B. die  
465 verbessernde Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern mit der Verwaltung  
466 (Mängelmelder, Tausch- und Ehrenamtsbörsen). Wir wollen herausragende Projekte  
467 auszeichnen und einen Austausch der besten Beispiele initiieren. Die  
468 Bundesregierung wird Projekte ins Leben rufen und fördern, durch die  
469 Medienkompetenz vermittelt wird und damit dazu beitragen, die digitale Spaltung zu  
470 überwinden (z.B. Seniorinnen und Senioren lernen von Schülerinnen und Schülern).

471  
472 Wir fördern die Entwicklung und den Einsatz von **bundesweiten Warn- und**  
473 **Informationssystemen**, mit denen Bürgerinnen und Bürger per SMS, E-Mail oder  
474 über eine App über Unfälle, Gefahren und Katastrophen informiert werden können.

475 Die Bundesregierung führt Systeme ein (z.B. eine zentrale Nummer für SMS-Notrufe  
476 oder eine Notruf-App) und ändert das TKG so, dass sich Menschen in einer  
477 Notsituation bemerkbar machen und Hilfe anfordern können, ohne zurückgerufen  
478 werden zu müssen.

479 Die Bundesregierung wird einen Teil der Investitionen der Verkehrsinfrastruktur in  
480 intelligente digitale Verkehrslenkung geben – mit dem Ziel, Staus in Deutschland bis  
481 2020 um 10 Prozent zu reduzieren.

482  
483 Im digitalen Zeitalter hat sich die Art der Kommunikation grundlegend verändert und  
484 die Menschen tauschen sich online auf diversen Plattformen aus. Wir sprechen uns  
485 **gegen einen allgemeinen Klarnamenzwang** aus, weil anonyme Kommunikation oft  
486 nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig ist.

487 Wir sehen neben den Chancen der Digitalisierung auch die Risiken. So wollen wir  
488 Präventions- und Beratungsangebote zu online basiertem Suchtverhalten  
489 bundesweit ausbauen und wissenschaftlich begleiten. Eine weitere negative  
490 Entwicklung in unserem Onlineverhalten sind beleidigende und verleumderische  
491 Äußerungen im Netz. Wir wollen ein ausgewogenes Aufklärungs- und Schutzkonzept  
492 mit rechtlichen, technischen und gesellschaftlichen Mitteln zum Persönlichkeitsschutz  
493 umsetzen. **Cybermobbing** und **Cybergrooming** in sozialen Netzwerken müssen  
494 einfacher gemeldet und angezeigt werden können.

495 Ziel einer neuen Bundesregierung muss es sein, die Balance zwischen Freiheit und  
496 Sicherheit auch in der digitalen Welt zu schaffen und zu bewahren.

497  
498 In den nächsten vier Jahren können die Weichen gestellt werden, damit Deutschland  
499 und Europa eine Führungsrolle bei der konsequenten, sozialverträglichen,  
500 vertrauenswürdigen und sicheren Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft  
501 einnehmen. Mit einer ausgewogenen Digitalisierungspolitik können Zukunftschancen  
502 unseres Landes, Potenziale für Demokratie und Teilhabe sowie Innovations- und  
503 Wettbewerbsfähig langfristig gesichert werden. Deutschland wird zu einer echten  
504 digitalen Gesellschaft.